



Die Caritas setzt Pflege-Flitzer mit Elektroantrieb ein

## ELEKTROAUTOS FÜR DIE AMBULANTE PFLEGE

# Pole-Position bei der E-Mobilität

Die Caritas macht einen Riesenschritt im Bemühen um mehr Umweltfreundlichkeit: Für den ambulanten Pflegedienst setzen immer mehr Einrichtungen demnächst ein Spezialmodell der Aachener Firma e.GO ein. Die Vorbestellungen von Caritasverbänden laufen.

Im Frühjahr 2018 beginnt die Produktion der Pflege-Flitzer, im Herbst werden die ersten Fahrzeuge an die kirchlichen Einrichtungen ausgeliefert. Angestoßen hat das Projekt der Caritasverband für die Regionen Aachen-Stadt und Aachen-Land, wie Vorstand Bernhard Verholen erläutert. Ein Pilotprojekt ergab, dass die elektrisch angetriebenen Kleinwagen zumindest eine

„kostenneutrale Mobilitätsalternative“ darstellen. Woraufhin „die Suche nach dem idealen Fahrzeug“ begann. Den Partner dazu fand die Caritas laut Verholen in dem aus der RWTH hervorgegangenen Automobilunternehmen e.GO Mobile.

### 3000 Fahrzeuge für die Pflege

Entwickelt hat die Firma das Modell „e.GO life“, das in verschiedenen Varianten inzwischen auch für Privatkunden angeboten wird. Auf diesem Hintergrund haben über 50 Orts- und Regionalverbände sowie eigenständige Sozialstationen mit über 3000 Pflegefahrzeugen verbindlich erklärt, auf E-Mobilität umzusteigen. Fast 140 konkrete Bestellungen liegen bereits vor.

Die relativ geringe Reichweite - für viele Verbraucher derzeit noch ein Nachteil von Elektrofahrzeugen - spielt für die Caritas keine Rolle. Denn durch eine Studie wurde früh klargestellt, dass die allermeisten Pflegekräfte nicht mehr als 80 Kilometer pro Tag unterwegs sind. Das neue Modell schafft 136 Kilometer am Stück - und den

Strom dafür holt sich das Fahrzeug über die nachts angeschlossene Steckdose, was auch eine Schnellademöglichkeit überflüssig macht.

Die Entwickler haben sich alle Mühe gegeben, bei dem Modell für den Pflegedienst den Bedürfnissen des Personals Rechnung zu tragen. Beschäftigte wirkten mit bei Tests für die Sitzkonstruktion, damit Mitarbeiter zwischen 1,58 und 1,97 Meter Körpergröße auch eine optimale Position in dem Kleinwagen finden. Einen stabilen Platz bekomme nicht nur die 1,5-Liter-Wasserflasche, so Verholen, sondern auch die Desinfektionsflasche, „deren Ver-rutschen sowie Auslaufen im Auto ein altbekanntes Alltagsproblem ist“.

### Bewahrung der Schöpfung

Bei aller Entschlossenheit für die E-Mobilität gilt es, Hürden zu überwinden. Besonders die Frage, wo es Lademöglichkeiten für die Pflege-Fahrzeuge gibt, muss nach den Worten Verholens vor Ort geklärt werden. Benötigt würden pragmatische wie kosteneffiziente Alternativen - „bis hin zur Kombination mit einer Photovoltaik-Anlage“. Da laut der Aachener Studie immerhin die Hälfte der Pflegekräfte die Fahrzeuge für Heimfahrten nutzt, bietet sich auch eine Lademöglichkeit bei deren Zuhause an.

Wo das geht, steht im e.GO eine technische Möglichkeit für die Abrechnung des Ladestroms bereit. Auch von den Anschaffungskosten her erwarten die Caritas-Einrichtungen keine übermäßigen Beträge - im Gegenteil. Das Fahrzeug mit dem 20-Kilowatt-Hochvolt-Elektromotor kostet 15900 Euro und damit etwa so viel wie ein herkömmlicher Kleinwagen, wobei die Umweltprämie von derzeit 4000 Euro noch gar nicht berücksichtigt wurde.

Vorstand Verholen blickt sehr optimistisch in die Zukunft: „Schon bald werden durch die Straßen unserer Städte deutlich sichtbare Zeichen für die Bemühungen der Caritas und ihrer Sozialstationen um die Bewahrung der Schöpfung rollen.“

ANDREAS OTTO (KNA)



## AUSGABE DEZEMBER 2017

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

-  [caritas-nrw.de/nachrichten](http://caritas-nrw.de/nachrichten)
-  [facebook.de/caritas\\_in\\_NRW](https://facebook.de/caritas_in_NRW)
-  [redaktion@caritas-nrw.de](mailto:redaktion@caritas-nrw.de)

## Sozialpolitische Profilierung

**W**ie einfalllos ist das denn? Das Sozialticket abschaffen und mit den gesparten Millionen gerade mal 3,4 Kilometer Straßen bauen? NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) hatte sich bei seinem husarenhaften Ausritt in das Gebiet der Sozialpolitik kräftig vergaloppiert. Ein Sturm der Empörung fegte durchs Land, bis der kluge Ministerpräsident Armin Laschet das Vorhaben ebenso schnell kassieren ließ, wie es aufgetaucht war.

Denn nicht einmal das von Wüst eilig nachgeschobene Argument, die Systematik der Förderung müsse korrigiert werden, überzeugte. Es stimmt zwar, die Verkehrspolitik in NRW muss grundlegend überholt werden. Das fängt bei den eigensinnigen Verkehrsverbänden an, die oftmals mehr das Wohl ehemaliger Politiker in ihrem Einzugsbereich im Blick zu haben scheinen als die effiziente Organisation von Mobilität. Und natürlich wünschen sich die leidgeprüften Pendler zu Recht Sanierung und Ausbau der maroden Brücken, engen Straßen und bröckelnden Unterführungen, in die allzu lange viel zu wenig investiert wurde. Aber doch bitte nicht als Erstes bei den Ärmsten sparen!

Laschets einsichtige Korrektur hat den Dampf aus der innenpolitischen Debatte über die zukünftige Sozialpolitik genommen. Doch es darf vermutet werden, dass die Diskussionen zwischen den Koalitionären von FDP und CDU zunehmen werden. Auch interne sozialpolitische Kurs-Debatten in der CDU-Fraktion, die zu 60 Prozent aus Parlamentsneulingen besteht, sind zu erwarten. Das muss nicht schlecht sein. Streit kann zu einer Profilierung führen. Dabei sind Ernsthaftigkeit und seriöse Argumentationsführung notwendig, um nicht den extremistischen Populisten auf den Leim zu gehen. Dieses Land hat eine sozialpolitisch profilierte CDU-Fraktion verdient. ◀

MARKUS LAHRMANN

✉ [chefredakteur@caritas-nrw.de](mailto:chefredakteur@caritas-nrw.de)

## ZU WENIG BEZAHLBARE WOHNUNGEN

# Wohnungslosigkeit bekämpfen

*Auf die Not der bundesweit 860 000 Menschen ohne feste Wohnung hat Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki in Leverkusen hingewiesen. Er besuchte den Tagestreff für wohnungslose Menschen des Caritasverbandes Leverkusen und frühstückte mit den Besuchern.*

**D**abei mahnte Kardinal Woelki mit Blick auf St. Martin und das Weihnachtsfest: „Die Geschichte der Mantelteilung und die Geschichte von Weihnachten, dass eine junge Familie mit einem kleinen Kind kein Obdach findet, das ist keine rückwärtsgewandte Folklore, sondern das sind zwei Geschichten, die auch heute aktuell sind. Deswegen bin ich der Caritas so dankbar, dass sie solche Ort für Menschen in Not anbietet, wo sie sich in harten Wintertagen aufwärmen können.“

Nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft „Wohnungslosenhilfe“ leben immer mehr Menschen auf der Straße. Im Jahr 2016 waren 860 000 Menschen ohne feste Wohnung, was trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung im Vergleich zum Jahr 2014 einem Zuwachs von 150 Prozent entspricht. Besonders fatal: Laut Statistik sind 30 000 der obdachlosen Menschen minderjährig.

### Politische Fehlentscheidungen

„Das ist eine Herausforderung. Es sind viele politische Fehlentscheidungen getroffen worden, da haben kommunale Träger sozialen Wohnungsbau vernachlässigt und existierenden sozialen Wohnungsbau privatisiert. Daraus sind dann schöne Luxuswohnungen entstanden, und bezahlbarer Wohnungsbau ist verschwunden“, erklärte Kardinal Woelki und forderte alle Institutionen auf, sich nun gemeinsam gegen Wohnungslosigkeit einzusetzen.

Im beginnenden Winter ist die Lage gerade für die Obdachlosen besonders schwierig. Daher überreichte Kardinal Woelki wärmende Decken und Küchensensilien an die Mitarbeiter der Caritas. In deren Tagestreff steht der in Not geratene Mensch im Mittelpunkt. Er kann sich tagsüber in den Räumen aufhalten, kochen, duschen, Wäsche waschen und eine Postadresse einrichten. Eine Beratungsstelle ist unmittelbar angeschlossen. Ziel ist, gemeinsam mit den Betroffenen Perspektiven zu erarbeiten und sie aktiv einzubeziehen.



**Heinrich Garijs** bekam von Kardinal Woelki Decken und Küchenmaterialien für den Tagestreff der Caritas in Leverkusen überreicht.

Foto: Erzbistum Köln/Kasiske

hen. „Wichtig ist uns, den Menschen auf Augenhöhe zu begegnen und ihnen maßgeschneiderte individuelle Hilfe anzubieten. Hierfür passen wir unsere Angebote immer wieder an den Bedarf an“, sagt Stefanie Strieder vom Caritasverband Leverkusen. ◀

### Caritas in NRW AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf  
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25  
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

**Herausgeber:** Diözesan-Caritasverbände von

Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn,

**Chefredakteur:** Markus Lahrmann

**Titelfoto:** KNA (Rogg)

**Abo-Fragen:** Kevin Jandrey,

Tel.: 0211 / 516066-20, [vertrieb@caritas-nrw.de](mailto:vertrieb@caritas-nrw.de)

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

**Gestaltungskonzept:** skdesign, Köln

**Druck:** Bonifatius GmbH, Paderborn

**Anzeigenverwaltung:**

Bonifatius GmbH, Karl Wegener

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Tel.: 05251/153-220, Fax: 05251/153-104

[karl.wegener@bonifatius.de](mailto:karl.wegener@bonifatius.de)

ISSN 1611-3527

ClimatePartner  
**klimateutral**  
gedruckt

Die CO<sub>2</sub>-Emissionen dieses Produkts wurden durch CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate ausgeglichen.  
Zertifikatsnummer: 53223-1601-1005  
[www.climatepartner.com](http://www.climatepartner.com)

## Stromsperrern verhindern

Und man siehet die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht ...“ Treffender könnte das Brecht-Zitat auf Stromschuldner nicht passen. Ohne Energie sitzen Menschen sprichwörtlich im Dunkeln. Mehr als 330 000 Stromsperrern im vergangenen Jahr verdeutlichen die Dimension des Problems. Dabei bildet der Zugang zu Energie eine Grundlage zur gesellschaftlichen Teilhabe und Daseinsfürsorge. Was bedeutet es, keinen Strom zu haben? Zuerst denkt man: kein Licht, vielleicht noch kein Fernsehen. In der Regel heißt es, keine Mahlzeit mehr kochen zu können, keine Musik, kein Radio, oft kein warmes Wasser. Eine alleinerziehende Mutter berichtete eindrücklich: „Selbst telefonieren wurde zum Problem.“ Sie hatte nur ein Handy, wie aufladen? Selbst bei Festnetzanschluss ist es heute schwer, noch ein Telefon zu finden, das keinen Strom braucht.

Ist der Strom gesperrt, stehen die Betroffenen vor enormen Herausforderungen. Erschwerend kommt hinzu, dass ein Öffnen der gesperrten Stromzufuhr mit zusätzlichen Kosten verbunden ist.

Für viele Haushalte ist es schwer, die Energiekosten zu tragen, da die Energiepreise konstant auf einem sehr hohen Niveau

sind. Vor allem Bezieher von Niedrigeinkommen und Sozialleistungen sind betroffen. So ist selbst ein niedriger Stromverbrauch in den Regelleistungen des SGB II nicht ausreichend berücksichtigt. Seit vielen Jahren fordert die Caritas, dass die Kosten für Haushaltsenergie im SGB II und XII bedarfsgerecht abgebildet werden müssen, ca. zehn Euro pro Monat zusätzlich.

Es gibt viele Vorschläge, die helfen, das Problem zu mindern oder sogar Sperren zu verhindern: Neben der Anpassung der Regelleistungen müsste es für Bezieher von Niedrigeinkommen eine Entlastung geben. So könnte im Wohngeld ein Zuschuss für Heizkosten integriert werden. Weiterhin sollten für Energieversorger verbindliche Regelungen getroffen werden, die Energieschuldner eine realistische Möglichkeit geben, das Problem zu lösen. Es sollten grundsätzlich Stromsperrern untersagt werden, wenn tragfähige Lösungen zur Regulierung entwickelt wurden, selbst bei Zahlung von Kleinstraten. In anderen Ländern (z. B. Großbritannien) gibt es solche Lösungen. Sie müssen auch hier endlich angegangen werden. Bis dahin wird Weihnachten aber noch mancher Tannenbaum (leider) dunkel bleiben ...

ROMAN SCHLAG, Sprecher der AGSBV

✉ [rschlag@caritas-ac.de](mailto:rschlag@caritas-ac.de)

### SPENDENAKTION LICHTBLICKE

## Für Kinder und Familien in Not

Im Advent startet traditionell die Aktion Lichtblicke in die Hochphase ihrer Spendenaktion für bedürftige Kinder und Jugendliche in NRW. Die NRW-Lokalradios stellen sich auch wieder in den Dienst der guten Sache und überraschen ihre Hörer mit zahlreichen Programm-Aktionen zugunsten der Hilfsaktion.

Auch in diesem Jahr treten beliebte Künstler für den guten Zweck auf – ohne Eintritt und Ticketverkauf. „Lichtblicke on Tour“ veranstaltet gleich drei Konzerte in NRW, immer um 19.00 Uhr.

Zugleich geht der Wettbewerb unter den 45 NRW-Lokalradios um einen Live-Auftritt eines Top-Acts in seine entscheidende Phase.

### Lichtblicke-App

Unter dem Motto „Eine zündende Idee. Ein guter Zweck. Eine starke Community“ können die Hörer der NRW-Lokalradios das ganze Jahr über in der Lichtblicke-Lichternetz-App mit dem Setzen von Lichtern und Likes sowie dem Einstellen von Veranstaltungen Solidarität mit der Aktion Lichtblicke zeigen und NRW zum Leuchten bringen. Das Schöne dabei ist, die Hörer unterstützen nicht nur die gute Sache, son-

dern sammeln auch wichtige Punkte: Denn das Gebiet bzw. das Lokalradio, das bis zum großen Lichtblicke-Spendentag am 22. Dezember 2017, 12.00 Uhr die meisten Punkte für sich verbuchen kann, gewinnt ein einzigartiges Live-Konzert im Frühjahr 2018.

Die NRW-Lokalradios, Caritas und Diakonie freuen sich über jede Spende für Lichtblicke.

☎ 0800 50 80 580

🌐 [www.lichtblicke.de](http://www.lichtblicke.de)

### Lichtblicke on Tour

- 📍 06.12.2017, Adel Tawil  
Brückenkopfpark in Jülich
- 📍 08.12.2017, Milky Chance  
Rathausmarkt in Mülheim a. d. Ruhr
- 📍 14.12.2017, Michael Patrick Kelly  
Neumarkt in Ibbenbüren
- 🕒 Beginn jeweils 19.00 Uhr

### AKTION LICHTBLICKE

## Neue Schirmherrin



Susanne Laschet

Foto: Sondermann

Neue Schirmherrin der Aktion Lichtblicke ist seit Oktober Susanne Laschet. Sie folgt in dieser Funktion auf Udo Kraft, der die Hilfsaktion in den vergangenen sieben Jahren unterstützt hatte. Bei der Aktion Lichtblicke wird

immer der Ehepartner des/der jeweils amtierenden NRW-Ministerpräsident/-präsidentin um die Übernahme der Schirmherrschaft gebeten.

Susanne Laschet, Ehefrau des NRW-Ministerpräsidenten Armin Laschet, freute sich: „Die Aktion Lichtblicke ist mir seit vielen Jahren bekannt, und ich habe die positive Entwicklung dieser Spendenaktion immer mit großem Interesse verfolgt. Sie steht für unbürokratische und nachbarschaftliche Hilfe für die kleinsten und schutzbedürftigsten Mitglieder unserer Gesellschaft. Das soziale Engagement, das zahlreiche Mitmenschen in NRW hier zeigen, beeindruckt mich sehr“, sagte sie.

# Kein Grund zu feiern

*1992 war ein gutes Jahr. Das neue Betreuungsrecht – eine echte Reform – löste das über 100-jährige Vormundschaftsrecht ab und stärkte die Rechte der betroffenen Menschen. Mehr Selbstbestimmung, weniger Diskriminierung, mehr Wünsche und Wohl und mehr qualifizierte ehrenamtliche Betreuer waren das Ziel.*

**D**as ist nun 25 Jahre her. Einen Grund zu feiern haben wir – die Betreuungsvereine – nicht. Sicher brachten die 25 Jahre den Betroffenen mehr Rechte. Ob sie tatsächlich immer so umgesetzt werden, wie es der Gesetzgeber wollte, ist fraglich. Tatsächlich brachten die letzten Jahre steigende Betreuungszahlen, steigende Kosten, eine neue Berufsgruppe der freien Berufsbetreuer mit immer mehr Betreuungen, weniger Ehrenamtliche und Familienangehörige, aber auch mehr Vollmachten.

Aktuell kämpfen die Betreuungsvereine ums Überleben. Die Vergütungssätze für die beruflich geführten Betreuungen (und darunter fallen Vereinsbetreuer auch) sind seit 2005 nicht angepasst worden. Die Kosten, insbesondere die Personalkosten, sind im gleichen Zeitraum aber um über 20 % gestiegen.

## Der Bundesrat blockiert

Der Bundestag hat am 18. Mai 2017 nach langer politischer Lobbyarbeit unserer Verbände endlich die Erhöhung der Vergütung für beruflich geführte Betreuung beschlossen. Das haben die Vereine mit großer Erleichterung aufgenommen. Das Gesetz musste anschließend im Bundesrat bestätigt werden. Das wird bislang verweigert. Die Abstimmung wurde im Juli 2017 kurzfristig von der Tagesordnung genommen. Immerhin wurde das Gesetz damit nicht abgelehnt. Aber die Zukunft ist ungewiss. Wir erwarten in diesen Tagen die Veröffentlichung einer Studie des Bundesjustizministeriums, die Aufschluss über die Qualität der rechtlichen Betreuung und Erkenntnisse über die Vergütungssituation geben soll. Die Auswertung der Ergebnisse und die Diskussion um gesetzliche Umsetzungserfordernisse werden sicherlich auch einige Jahre dauern. Zeit, die unsere Betreuungsvereine nicht mehr haben. Hinderlich für die aktuelle Lobbyarbeit ist der derzeitige Schwebestand im politischen Berlin. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Koaliti-

onsverhandlungen noch bis ins neue Jahr gehen. Erst danach wird feststehen, wie die neue Bundesregierung aussieht und welche Akzente ein neuer Justizminister setzen wird. Von unserer Seite ist alles vorbereitet, um das Thema frühzeitig platzieren zu können. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) hat ein entsprechendes Forderungspapier bereits unmittelbar nach der Bundestagswahl an die Generalsekretäre der im Bundestag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der AfD) verschickt.

## Neues Leistungsprofil

Wichtigste „Stellschraube“ sind derzeit die Bundesländer. Wir sind über die verschiedenen Ebenen weiter mit ihnen und den zuständigen Ministerien im Gespräch. Besonders zu nennen sind hier NRW, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Bayern und Schleswig-Holstein. Aber auch hier bekommen wir immer wieder die Rückmeldung,

dass man die Erkenntnisse aus der Studie abwarten wolle. Man sei sich aber bewusst, dass Kosten auf die Länder zukommen würden. Hoffen wir, dass unsere Betreuungsvereine das noch erleben werden. Das vom Bundestag im Mai 2017 beschlossene Gesetz muss hinsichtlich seiner benannten Fristen (Inkrafttreten) ohnehin noch einmal angepasst werden und deshalb erneut durch den Bundestag.

Langfristig arbeiten wir in der verbandlichen Caritas an einem neuen Leistungsprofil der Betreuungsvereine, das unsere Kernkompetenz der Begleitung Ehrenamtlicher und Familienangehöriger deutlicher in den Vordergrund stellt. Unsere Zukunft als Betreuungsverein sehen wir in einem Kompetenzzentrum in Sachen Vorsorge und rechtlicher Betreuung, das Angebote für und mit Bürgern im Sozialraum bereitstellt. Um das zu verwirklichen, muss auch eine neue Finanzierungsstruktur entwickelt werden. Dafür benötigen wir Zeit.

Bei aller Mutlosigkeit, die sich bei einigen einstellen will: Wir müssen dranbleiben und auf Landes- und Bundesebene die Gelegenheiten, die es derzeit noch gibt oder in Kürze wieder geben wird, wahrnehmen.

Wir haben gar keine Alternative! ❗

BARBARA DANNHÄUSER

Arbeitsstelle Rechtliche Betreuung DCV, SkF, SKM

✉ [dannhaeuser@skmev.de](mailto:dannhaeuser@skmev.de)



„25 JAHRE RECHTLICHE BETREUUNG“ – Fast 60 Geschäftsführer/-innen von Betreuungsvereinen des Caritas-Netzwerkes in NRW kamen jüngst zur Tagung ins Haus der Caritas nach Essen. Prof. Dr. Dagmar Brosey von der TH Köln berichtete aus einem aktuellen Forschungsprojekt „Qualität in der rechtlichen Betreuung“. Barbara Dannhäuser referierte zu den notwendigen Veränderungen in den Strukturen und Voraussetzungen rechtlicher Betreuung. Prof. Dr. Reiner Adler von der Ernst-Abbe-Hochschule Jena stellte Ansätze vor, um die Betreuungsvereine für die Zukunft neu auszurichten und deren Profil zu schärfen. Prof. Dr. Paul-Stefan Roß blickte auf veränderte Bedingungen für die Beteiligung in Betreuungsvereinen. Foto: Christoph Grätz



### Sterne auch digital

„Eine Million Sterne“ leuchteten im November wieder an vielen Orten in ganz Deutschland auf. Auf dem Paderborner Marienplatz gab es die Solidaritätsaktion der Caritas in diesem Jahr erstmals in „digitalisierter“ Form. Facebook-User konnten über den Kanal des Deutschen Caritasverbandes live dabei sein, als statt Kerzen Handy-Lichter leuchteten und Herzen in den Himmel zeichneten, für ein Foto mittels Langzeitbelichtung sichtbar gemacht. ◀

▶ [youtube.com/watch?v=9Qcd8xVrG4U](https://www.youtube.com/watch?v=9Qcd8xVrG4U)

### Mehr Ausbildungsplätze

Stärkere Anstrengungen für mehr Ausbildungsplätze hat der Diözesan-Caritasverband Köln von den Arbeitgebern in NRW gefordert. „Wir müssen jungen Menschen genug Auswahl und echte Zukunftschancen bieten“, sagte die Arbeitsmarkt-Expertin Andrea Raab. Derzeit kämen fünf Bewerber auf vier Lehrstellen. Jugendliche ohne Lehrstelle landeten häufig ohne konkrete Perspektive in Jobs ohne Ausbildung. Wichtig seien auch spezielle Ausbildungsangebote für leistungsschwächere Jugendliche oder Geflüchtete. ◀

### „Erniedrigung Arbeitsloser“

Als „Akt der Erniedrigung Arbeitsloser“ hat Michaela Hofmann, Armutsexpertin beim Diözesan-Caritasverband Köln, die Ausgabe von Arbeitslosengeld an Supermarktkassen kritisiert. Pläne der Bundesagentur für Arbeit waren an die Öff-

fentlichkeit gelangt, wonach Empfänger von Arbeitslosengeld I und II ab April 2018 Geld an Supermarktkassen abheben können.

„In Wahrheit geht es nicht darum, Arbeitslosen das Leben zu erleichtern, sondern Kosten zu sparen“, so Hofmann. Bislang nutzen Arbeitslose Kassenautomaten in Jobcentern und Arbeitsagenturen. Die insgesamt 309 Automaten sollen nun abgebaut werden. „Mit der Auszahlung von Sozialleistungen über Supermärkte werden staatliche Aufgaben über nicht befugte Dritte abgewickelt. Dazu gibt es keine gesetzliche Grundlage“, so Hofmann.

Geplant ist, dass Arbeitslose an der Supermarktkasse einen Zettel mit Barcode vorlegen müssen. Das sei diskriminierend, denn „jeder in der Schlange kann sehen, ob jemand arbeitslos ist oder nicht“. ◀

## KRANKENHAUSAUSFINANZIERUNG

# Zu kurz gesprungen

*Die Hoffnungen der nordrhein-westfälischen Krankenhäuser, dass die neue Landesregierung den milliardengroßen Investitionsstau auflösen werde, haben mit dem Landshaushalt 2018 einen erheblichen Dämpfer bekommen.*

Die Förderlücke, die sich nach Berechnungen des Wirtschaftsinstituts RWI auf eine Milliarde Euro jährlich beläuft, ist unbestritten. Die neue Landesregierung versprach, den Verpflichtungen zur Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser besser nachzukommen, und machte im Nachtragshaushalt 2017 zusätzlich 250 Millionen Euro locker. Doch für 2018 will das Land deutlich weniger zusätzliche Mittel freigeben.

### Problembewusstsein fehlt

Im Haushaltsansatz fällt die zusätzliche Fördersumme der Landesregierung mit rund 50 Millionen Euro bescheiden aus. „Da springt sie deutlich zu kurz“, sagt der Aachener Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders. Die Summe setzt sich zusammen aus 16 Millionen Euro Pauschalförderung und 33 Millionen Einzelförderung – und das bei einer Förderlücke von einer Milliarde Euro. „Bemühungen, diese Lücke

nachhaltig zu schließen, sehen anders aus“, so Caritasdirektor Schröders. Der Caritas sei bewusst, dass diese Aufgabe nicht einfach zu lösen sei, betont Schröders, der im Vorstand der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen sitzt. Die Landesregierung müsse endlich verlässlich sagen, „wie wir das Problem in den nächsten Jahren lösen“. Das nötige Problembewusstsein fehle, und das sei im Sinne einer guten Krankenhaus- und Gesundheitsversorgung für die Bürger nicht zu akzeptieren, betont Schröders.

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) seinerseits lenkt die Debatte auf die Effizienz der Krankenhausstrukturen. Doch da ist bereits viel passiert. Zwischen 2006 und 2016 wurde die Zahl der Kliniken von 437 auf 348 reduziert, obwohl die Zahl der stationär behandelten Patienten gleichzeitig von 3,9 Millionen auf 4,6 Millionen im Jahr anstieg. ◀

▶ [www.gesunde-krankenhaeuser.de](http://www.gesunde-krankenhaeuser.de)

## ALTARBILD AUS KÖLNER DOM

# Weihnachtsbriefmarke

Die Weihnachtsbriefmarke zeigt in diesem Jahr einen Ausschnitt des Altars der Stadtpatrone im Kölner Dom. Der Bildausschnitt des um 1440 von Stefan Lochner geschaffenen Altars zeigt Maria mit dem Christuskind, umgeben von den Heiligen Drei Königen und deren Gefolge. Es handelt sich ursprünglich um den Hauptaltar der Ratskapelle Sankt Maria in Jerusalem.

Die Weihnachtsbriefmarke ist bereits online erhältlich und hat einen Wert von 70 + 30 Cent. Die zusätzlichen 30 Cent kommen der Freien Wohlfahrtspflege zugute. Seit 1949 erscheinen verschiedene Wohlfahrtsmarken. Insgesamt wurden bereits rund vier Milliarden Wohlfahrtsbriefmarken mit einem Erlös vom mehr als 520 Millionen Euro verkauft. ◀

▶ [www.caritas-wohlfahrtsmarken.de](http://www.caritas-wohlfahrtsmarken.de)



## Sozialpreis geht nach Unna

Der Katholische Hospitalverbund Hellweg gGmbH (Unna) ist mit dem Sozialpreis des Katholischen Krankenhausverbands Deutschlands (kkvd) ausgezeichnet worden.

Das Krankenhaus erhielt den Preis für das Integrationskonzept „Mensch Zukunft“. Der Sozialpreis stand unter dem diesjährigen Caritas-Motto „Zusammen sind wir Heimat.“ und würdigt katholische Krankenhäuser, die sich für die nachhaltige Integration von Flüchtlingen einsetzen. Die Schirmherrschaft über die Ausschreibung hatten die damalige Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und der Präsident des Deutschen Caritasverbands (DCV), Peter Neher. Der Sozialpreis ist mit 5000 Euro dotiert.

### Ein Stück gelebter Glaube

Der erstmalig ausgelobte Sonderpreis ging an die beiden Kliniken St.-Johannes-Hospital Dortmund und St. Marien-Hospital Hamm für die Förderung ausländischer Pflegekräfte in Gesundheitseinrichtungen, die in ihren Heimatländern eine Pflegeausbildung absolviert haben und nun die Anerkennung in der Bundesrepublik benötigen. Dazu wurde ein eigener Lehrgang in Anlehnung an die Arbeitsvertragsrichtlinien (AVR) der Kirche konzipiert.

„Die diesjährigen Preisträger haben gezeigt, wie ein aktiver Beitrag gegen den Fachkräftemangel in der Pflege aussieht,

der Flüchtlingen über vielmaschige Hilfsangebote den Weg zu einer Teilhabe am Arbeitsmarkt und damit zu einem in unserer Gesellschaft verankerten Leben ebnet“, sagte der kkvd-Vorsitzende Theo Paul, Generalvikar im Bistum Osnabrück, in seiner Laudatio. „Das freiwillige Engagement zahlreicher Beschäftigter des Siegerkrankenhauses für gelingende und nachhaltige Integration zeigt darüber hinaus die hohe Loyalität zum Arbeitgeber und den Willen, über das übliche Maß hinaus Dienst am Nächsten zu tun“, so Paul. Dies sei ein Stück „gelebten Glaubens“, der die christliche Grundhaltung vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in katholischen Krankenhäusern zum Ausdruck bringe.

„Heimat kann vielfältig, offen und verbindend sein. Dafür ist es notwendig, dass Vielfalt nicht als Gefahr, sondern als selbstverständlicher Teil unseres Zusammenlebens gesehen wird“, sagte DCV-Präsident Neher. Mittlerweile haben beim Hospitalverbund Hellweg 20 Flüchtlinge ein Praktikum in verschiedenen Bereichen der Klinik absolviert. Außerdem wurden fünf Arbeitsverträge im ärztlichen Dienst, in der Pflege und im Service abgeschlossen. ↻

## Ausgezeichnete Reporterleistung

Der erstmals von den NRW-Wohlfahrtsverbänden gestiftete „Sozialpreis NRW“ im Rahmen des LfM-Hörfunkpreises ist an die Reporterin Sabrina Droste vom Lokalradio RSG in Solingen verliehen worden. Ausgezeichnet wurde sie für ihren Beitrag „Solinger Kältebus der Malteser“. Dotiert ist der Preis mit 2500 Euro, überreicht wurde er von Jury-Mitglied Markus Lahrmann, von den Wohlfahrtsverbänden entsandtes Mitglied in der Medienkommission.

Aus der Jury-Begründung: „Eine ausgezeichnete Reporterleistung. Sabrina Droste gelingt es, eine große Nähe zu den Obdachlosen herzustellen und sie als Menschen wahrzunehmen, ohne sie abzustempeln. Sie beschreibt anschaulich und authentisch Solidarität und soziale Unterstützung. Wir würdigen die Reporterleistung, die Darstellung der sozialen Notlage und gleichzeitig der Unterstützungssysteme.“ ↻



Sozialpreis-Gewinnerin Sabrina Droste und Jury-Mitglied Markus Lahrmann Foto: Weber

## Anzeige bis in den Anschnitt